

Ressort: Vermischtes

Forscher Schröder: Bundesregierung soll Kosten der Deutschen Einheit ermitteln

Berlin, 07.05.2014, 07:46 Uhr

GDN - Der Berliner Wissenschaftler Klaus Schröder fordert die Bundesregierung nach der heftigen Kritik an seinen Zahlen zur Deutschen Einheit auf, die Kosten der Wiedervereinigung errechnen zu lassen. "Die Bundesregierung sollte ein Wirtschaftsinstitut damit beauftragen, die Kosten der deutschen Einheit zu berechnen", sagte der Leiter der Forschungsstelle SED-Staat an der FU Berlin der "Welt".

"Wenn es keine ehrliche Bilanz der Deutschen Einheit gibt, öffnet dies Tür und Tor für alle möglichen Spekulationen, wie teuer die Einheit angeblich war", sagte Schröder. Um solchen Spekulationen keinen Raum zu geben sei es sinnvoll, die Kosten offen und transparent darzustellen. Die "Welt am Sonntag" hatte über eine Schätzung Schröders berichtet, nach denen die Deutsche Einheit bisher rund zwei Billionen Euro netto gekostet habe. Dies hatte zu heftiger Kritik geführt. So sagte Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) gegenüber der "Mitteldeutschen Zeitung", im 25. Jahr der friedlichen Revolution empfinde er solche Aufrechnungen "als Zumutung". Kritik gab es auch daran, dass Leistungen mitgerechnet würden, die auch Westländer erhielten. Zudem fehle in der Rechnung, wie viele gut ausgebildete Menschen in den vergangenen Jahren in den Westen abgewandert seien. Schröder verteidigte sich gegen diese Kritik. "Ohne die Wiedervereinigung wären die Gelder nicht angefallen." Auch steche die Kritik mit der Abwanderung von Ost nach West nicht: So seien auch aus dem Westen gute qualifizierte Arbeitskräfte in den Osten gezogen und arbeiteten dort. "Nach der Logik einiger Politiker müssten diese auch bei der Berechnung berücksichtigt werden", so Schröder. Man müsse bei der Einheit manchen ungeliebten Wahrheiten ins Auge blicken. "Bei der Finanzierung der Einheit gibt es eine Schieflage", so Schröder. So ist ein Großteil der zwei Billionen Euro über das Sozialsystem in den Osten geflossen. Schröder schätzt rund 60 bis 65 Prozent. "Dadurch haben sozialversicherungspflichtige Durchschnittsverdiener einen Großteil der Wiedervereinigungs-Lasten getragen, während Beamte und Selbstständige bei diesen stillen Kosten außen vor waren", sagte Schröder. Der Forscher von der FU Berlin betonte angesichts der heftigen Kritik: "Ich bin absolut für die Wiedervereinigung und sage ganz klar, dass die Gelder auch in der genannten Höhe moralisch und politisch berechtigt waren und sind."

Bericht online:

<https://www.gemandailynews.com/bericht-34175/forscher-schroeder-bundesregierung-soll-kosten-der-deutschen-einheit-ermitteln.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com